Brand
An der Vogelsangstrasse brannte es in einer Drei-Zimmer-Wohnung
SEITE 13

Tierrettung
Feuerwehrleute befreiten eine Katze aus einem tiefen Schacht
SEITE 13

«Fidelio» im Opernhaus
Beethovens Oper als abgehobenes Konstrukt
SEITE 15



Stadtrat kämpfte auf verlorenem Posten

Zwischen Stadtrat und Parlament weitete sich gestern der Graben. CVP und FDP mieden zwar die Konfrontation mit ihren Stadträten, scherten in der Budgetdebatte aber kaum je aus der Sparallianz aus.

MARC LEUTENEGGER

Dreizehn Budgetdebatten habe sie als Stadträtin schon erlebt, aber «noch nie war der Gemeinderat so nah dran, sich zu schaden», kommentierte Pearl Pedergnana (SP) gestern das Ratsgeschehen. Es war der Auftakt zu einer Brandrede und der Auftakt für eine Szene, die typisch war für den Verlauf der ganzen Ratsdebatte.

Die Bauvorsteherin hatte es mit vier Sparanträgen im Tiefbau zu tun. Darunter der Pauschal-Spartrick der GLP, mit einer Einsparung von 0,663 Prozent bei den Verbrauchsmaterialien, in der Informatik und bei den Dienstleistungen Dritter. Dass eine Partei ihre Anträge in den vorberatenden Kommissionen verschweige, sei ein neuer Tiefpunkt, monierte Pedergnana. So bleibe die nötige Diskussion um die Leistungen aus. «Verantwortungsvoll wäre: Man kniet sich in die Themen rein.»

Der erwartete Schlagabtausch

Die Bauvorsteherin zerpflückte aber auch die konkreten Sparanträge. Die SVP verlangte, bei der Strassenreinigung 200000 Franken, bei der Strassensignalisation 150000 Franken einzusparen. Die Strassenreinigung sei mit 2,18 Franken pro Quadratmeter in Winterthur aber schon heute viel billiger als in den übrigen Schweizer Städten, die im Durchschnitt 3.05 Franken dafür ausgeben, meinte Pedergnana. Und wer bei der Signalisation sparen wolle, schade der Sicherheit. An die Adresse der FDP meinte sie: «Sie glauben doch nicht im Ernst, dass wir die öffentlichen WCs verdrecken lassen und das von der Bevölkerung goutiert wird.» Gemeint war der Antrag der freisinnigen Fraktion, 100000 Franken weniger für die Reinigung der Toiletten auszugeben.

Pedergnana focht allerdings auf verlorenem Posten. Die Mehrheit des rechts-grünliberalen Sparpaktes verfolgte ihren Kurs unbeirrt und paukte alle vier Anträge durch. Matthias Baumberger (CVP) hatte zuvor seinen Unmut über die «schulmeisterliche Belehrung» durch die Bauvorsteherin kundgetan. Michael Zeugin hatte das Vorgehen der Grünliberalen verteidigt. Seine Partei habe keine Anträge zurückgehalten, so Zeugin. Sie habe umdisponieren müssen, nachdem ihr der Stadtrat angedroht hatte, einen über das ganze Budget eingereichten Sparantrag mit rechtlichen Mitteln zu bekämpfen. Der SP blieb nur, ihre Stadträtin moralisch zu unterstützen. Felix Landolt etwa rügte die «blindwütige Kürzungssucht».

Während das Hickhack zwischen Stadtrat und Parlament im Links-Rechts-Schema den erwarteten Verlauf nahm, ergab sich auf Seiten der Bürgerlichen ein differenziertes Bild. In den Fraktionen von CVP und FDP war immer dann Zurückhaltung spürbar, wenn es um ein Departement der eigenen Regierungsvertreter ging. Dann überliess man das Reden GLP und SVP, den beiden Oppositionsparteien, stimmte deren Sparanträgen aber ausnahmslos zu.

Seiltanz mit der Kollegialität

Während die CVP wie etwa beim Personalwesen und bei der Polizei in Einzelfällen zusammen mit der Ratslinken den stadträtlichen Voranschlag unterstützte, zügelte die FDP ihren Sparwillen nicht. Und auch im Stadtrat fielen die Freisinnigen auf. Während Stefan Fritschi sein Schulbudget mit einer flammenden Rede verteidigte – was FDP-Gemeinderat Christoph Magnusson sogar zu einer spontanen (jedoch wirkungslosen) Stimmenthaltung veranlasste –, vertrat FDP-Stadträtin Barbara Günthard-Maier das Budget auffallend lustlos. Im Stile einer Telefonansage zählte sie in immer gleicher Manier die Folgen der Sparmassnahmen auf und meinte, der Stadtrat erachte diese als nicht angezeigt, entscheiden müsse aber der Gemeinderat. Wollte Günthard-Maier durchblicken lassen, dass sie den Sparkurs eigentlich unterstützt? Offiziell hatte der Stadtrat das Budget und die beantragte Steuererhöhung einstimmig verabschiedet – und wollte sie kollegial vertreten.



Für den Stadtrat gab es gestern auch mit guten Argumenten kaum etwas zu holen. Während sich sechs Mitglieder mit Herzblut für ihr Budget und ihre Mitarbeiter einsetzten, agierte ein Mitglied auffallend lustlos. Bild: Marc Dahinden

Stadt muss eine weitere Beiz verkaufen

Die Zahl der Restaurants im Besitz der Stadt soll weiter sinken. Das haben auf Antrag der SVP die Bürgerlichen und die EVP beschlossen.

DAVID HERTER

Der Verkauf von städtischen Restaurants weckt Emotionen. Das zeigte sich 2008, als der Stadtrat beschloss, das «Rössli» in Seen zu schliessen, weil ihm eine Sanierung zu teuer war. Mittels einer vom damaligen SVP-Gemeinderat René Isler lancierten und von 4000 Personen unterzeichneten Petition gelang es den Seemern aber, die Schliessung abzuwenden. Das Restaurant wurde saniert und 2010 wieder eröffnet.

Gestern waren die städtischen Restaurants Thema im Gemeinderat. Die SVP stellte den Antrag, eine weitere Beiz zu verkaufen. Zwar hat der Stadtrat bereits 2012 angekündigt, den «Frohsinn» in Eidberg verkaufen zu wollen und den Verkauf der «Schlosshalde» in Mörsburg anzustreben. Der SVP genügt das aber nicht. Es sei nicht Aufgabe der Stadt, Restaurants zu betreiben, sagte Chantal Leuppi. Darum sei ein weiteres defizitäres Restaurant abzustossen und die Zahl der Beizen auf sieben zu reduzieren. «Welches Restaurant verkauft werden soll, sagen wir bewusst nicht, um den Verkaufspreis nicht zu beeinflussen.»

Quasi unverkäuflich

So viele defizitäre städtische Restaurants gebe es nicht mehr, antwortete Finanzvorsteherin Yvonne Beutler (SP). Nur zwei Betriebe seien für die Stadt unrentabel: das Restaurant Goldenberg und das Schloss Wülflingen. Beide Liegenschaften seien aber quasi unverkäuflich, weil sie zuletzt für Millionen Franken saniert wurden und ein Verkauf für die Stadt darum ein Verlust bedeuten würde, sagte Beutler. Es bleibe darum bei einer Annahme des Antrags wohl nur der Verkauf eines rentablen Restaurants, was aber auch keinen Sinn mache, weil der Stadt damit Einnahmen verloren gingen.

Bei SVP, FDP und CVP zogen diese Argumente nicht und sie liessen sich auch nicht von Beutlers Ankündigung beeindrucken, bei einem Ja zum Antrag wahrscheinlich das «Rössli» zu verkaufen, weil dessen Inhaber schon bald pensioniert werde. Obwohl die Grünliberalen, Grünen und die SP den Antrag ablehnten, stimmte der Gemeinderat mit 30:28 zu. Die EVP stimme für einmal mit der SVP, sagte Fraktionschef Nik Gugger. Wenn es dann das «Rössli» treffe, wolle man von der SVP aber kein Gejammer hören.

SPLITTER & SPÄNE

Alle Parlamentarier fanden zu Beginn der Sitzung auf ihrem Pult einen Grittibänz. Dieser stammte – nomen est omen – von Gemeinderatspräsidentin **Christa Benz** (SP). Sie habe die «Gritti-Benzen» aus eigener Tasche bezahlt «um zu verhindern, dass einer von Ihnen in der langen Sparnacht wegen Unterzuckerung ausfällt», erklärte sie und erntete Beifall aus dem Plenum.

Sechs Millionen Franken hätte die Gestaltung des Teuchelweiherplatzes einmal kosten sollen. Im Laufe der Jahre sank der Betrag auf drei Millionen, dann 300000 Franken. Gestern wurde schliesslich, ohne viel Murren, ein Platz für 120000 Franken bewilligt. «Manche Projekte muss man nur lange genug in die Schublade stecken, dann werden sie immer billiger», kommentierte **Walter Langhard** (SVP) und empfahl, dies öfter zu tun.

Die bürgerliche Mehrheit forderte im gleichen Atemzug drei zusätzliche Stellen bei der Stadtpolizei und eine Kürzung der Mittel für Verbrauchsmaterial um 288200 Franken. Weil Verbrauchsmaterial bei der Polizei aber auch Munition ist, spottete **Christian Griesser** (Grüne): «Sie fordern also im Klartext drei unbewaffnete Polizisten!», was das Publikum mit lautem Gelächter quittierte.

Nachdem letzte Woche ein Gemeinderat für seine Social-Media-Aktivitäten gerügt wurde, traf es diesmal die Exekutive. Stadträtin **Yvonne Beutler** (SP) wurde von Walter Langhard (SVP) kritisiert, weil sie aus dem Saal Protestnoten auf Facebook verfasse, statt zuzuhören. Ratspräsidentin Christa Benz verteidigte ihre Genossin: «Es muss gesagt sein, dass einem so etwas nur auffällt, wenn man selbst auf Facebook surft.» *(mig)*